

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 6 Uhr

Verleger: Docworts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207

Rechtspflege und Volksvertrauen.

Die Nationalratsdebatte in Wien.

Wien, 27. Juli, 13 Uhr. (Eigenbericht.)

Der Nationalrat setzte heute nach 11 Uhr die Besprechung der Regierungserklärung fort. Zunächst sprach der christlichsozialen Abg. Dr. Gürtler. Er behandelte das Problem der Auseinandersetzung zwischen Volk und Staat, zwischen Rechtsempfinden und Rechtspflege in rein theoretischen Auseinandersetzungen und versuchte zu beweisen, daß bei dem Bestand der Republik sich zwischen das Recht und die Staatsautorität eine neue Instanz einzumengen versucht habe, die durch Strafenkündigungen rechtsgültige Urteile abzuändern versuche. Das sei ein unmöglicher Zustand, und es sei notwendig, zunächst auf der einen Seite mit Demonstrationen überhaupt Haus zu halten, auf der anderen Seite aber doch eine Korrektur des ganzen Strafrechts vorzunehmen, die das ungeminderte Vertrauen der Volksmassen in die Rechtspflege wieder herstelle. Unmöglich sei es auch, daß jemand, der eine Berufspflicht im Dienst des Staates übernimmt, gelegentlich parteipolitische Weisungen oder auch seine persönliche parteipolitische Überzeugung vor die übernommene Verpflichtung stelle. Das geschehe aber, wenn durch Arbeitsniederlegung aus politischen Gründen die Berufspflicht gegen den Staat verletzt werde.

An dieser Stelle wies lebhafteste Zwischenrufe der Sozialdemokraten darauf hin, daß doch mindestens ebenso der Gesetzgeber nicht seine Parteigefühle über das Recht stellen und sein Urteil dadurch beeinflussen lassen dürfe!

Abg. Genosse Dr. Karl Renner unterbrachte, gleichfalls in akademischer Weise, die aus der unglückseligen Konstruktion und der ganzen Verderblichkeit der ausgezwungenen Selbständigkeit des Bundesstaates Deutsch-Oesterreich erwachsenen Probleme wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Natur. Renner sprach in außerordentlich verständnisvoller und appellierter an die Mehrheit, doch unabhängig von parteipolitischer Einstellung, die unparteiliche Untersuchung der entsetzlichen Vorgänge in Wien durch einen parlamentarischen Ausschuss zuzugestehen und mit der Opposition den Weg zur Förderung des Gemeinsamen, des Wohles für Staat und Volk zu suchen.

Für den späten Nachmittag erwartet man den Abschluß der Debatte. Es gilt als sicher, daß die Regierungsmehrheit trotz des neuen Appells Renners den Antrag der Sozialdemokraten auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ablehnen wird.

Karl Renners gestrige Rede.

In unserem Bericht über die Nationalratsdebatte am Dienstag ist die Rede unseres Genossen Dr. Karl Renner scheinbar weggelassen. Wir lassen hier einen ausführlicheren Bericht folgen:

Abgeordneter Renner (Soz.) führte aus: Ein Abbau der sogenannten illegalen Formationen würde von allen Seiten begrüßt werden, wenn nicht ein allgemeines Mißtrauen bestände, daß die gesetzlichen Mittel nicht ausreichen, um Leben und Freiheit der Bürger zu schützen. Die Vornahme der Sozialdemokratie wegen der blutigen Ereignisse am Freitag richteten sich nicht gegen einzelne Polizeibeamte, sondern gegen die Führung der Polizei. Die Mehrheit mag bedenken, daß man mit Gewalt, welche offenbar unter dem Einfluß der Zeitung plöthlich angewendet wurde, auf die Dauer ein Staatswesen nicht erhalten kann. Dagegen ist es der Sozialdemokratie gelungen, die allgemeine Erregung durch den Streik abzulenkten und zu beruhigen, auch am Freitag hätte die beruhigende Tätigkeit der Sozialdemokratie auf die Massen, wobei der Bürgermeister seine ganze Persönlichkeit einsetzte, Erfolg gehabt, wenn nicht der Feuerangriff der Polizei dazwischen gekommen wäre. Wenn der Kanzler von einer schweren Wunde der Republik gesprochen hat, so möchte ich sagen, in dieser Wunde ist eine schwere innere Krankheit der Republik zum Ausbruch gekommen, weil seit Jahren die Wahrung des Rechts und des rechtsstaatlichen Gedankens in einem großen Teile der bürgerlichen Welt ganz verloren gegangen ist. Die Sozialdemokratie brauchte keinen Trennungsschritt zu gehen; sie ist immer eine Partei des Aufbaues, der schöpferischen Tätigkeit, der Belehrung und Erziehung der Massen auf dem legalen Wege der Demokratie gewesen und wünscht dabei in Ruhe gelassen zu werden. Dies mögen auch die Länder bedenken, da dies der Weg der Arbeitsteilung ist. Die Erkenntnis muß durchgreifen, daß Wien und die Länder neben- und miteinander bestehen müssen.

Die Polizei hat am gestrigen Tage abermals Hausdurchsuchungen bei Kommunisten vorgenommen. Die Wiener Kommunistenführer Tomann und Koritschoner sowie Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Jugend wurden verhaftet. Dagegen konnte der Redakteur der 'Roten Fahne', Willi Schlämm, gegen den ein Haftbefehl vorlag, nicht aufgefunden werden. Auch bei einigen Sozialdemokraten sollen Hausdurchsuchungen vorgenommen worden sein.

Kommunistenverhaftungen in Wien.

Wien, 27. Juli. (T.M.)

Die Polizei hat am gestrigen Tage abermals Hausdurchsuchungen bei Kommunisten vorgenommen. Die Wiener Kommunistenführer Tomann und Koritschoner sowie Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Jugend wurden verhaftet. Dagegen konnte der Redakteur der 'Roten Fahne', Willi Schlämm, gegen den ein Haftbefehl vorlag, nicht aufgefunden werden. Auch bei einigen Sozialdemokraten sollen Hausdurchsuchungen vorgenommen worden sein.

Piefel abgeschoben.

Der preussische Landtagsabgeordnete Piefel wurde Dienstag vormittag von der Wiener Polizei nach Passau abgeschoben. Ein Polizeibeamter in Zivil begleitete ihn.

Die Gemeinde Wien bringt die Kinder der Opfer aufs Land.

Die Gemeinde Wien hat den Entschluß gefaßt, die Kinder der in den Straßenkämpfen Gefallenen und Verwundeten rasch aus ihrer traurigen Umgebung zu entfernen und für ein paar Wochen in den Erholungsheimen des Jugendhilfswertes unterzubringen. Schon liegt die Liste der Opfer vor, die moskauer Bezirksamter erhalten bereits die Verzeichnisse der Betroffenen in ihrem Bezirke, die Fürsorgerinnen erheben die Anzahl der Kinder und in wenigen Tagen können sämtliche Vorbereitungen getroffen und Buben und Mädchen auf dem Wege in ein Ferienheim sein. In allen bedürftigen Fällen werden Freiplätze gewährt und dadurch den Müttern und erwachsenen Geschwistern für einige Zeit die Sorge um die Erhaltung der Kleinen genommen.

Für Sacco und Vanzetti.

Amnestieforderung des französischen Gewerkschaftskongresses.

Paris, 27. Juli. (WTB.)

Der Nationalkongress des Allgemeinen Arbeiterverbandes hat auf Antrag Jouhaux' einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der die Begnadigung Saccos und Vanzettis gefordert wird. An die amerikanische Regierung wurde ein Telegramm mit dieser Forderung gerichtet.

Neuer Aufschub.

New York, 27. Juli. (WTB.)

Der Entscheid über die Begnadigung oder Verurteilung von Sacco und Vanzetti, der dieser Tage erfolgen sollte, ist um weitere 14 Tage verschoben worden, weil noch zehn Zeugen anzuhören sind. Gouverneur Fuller besuchte die beiden Verhafteten gestern wieder in ihren Zellen. Beide werden am 17. Juli begnadigt oder hingerichtet.

Westarp in London abgeblift.

Selbst die Diebards eckeln sich vor ihm!

Graf Westarp soll, wie aus verschiedenen Presseberichten hervorgeht, die Gelegenheit einer Reise nach London benutzt haben, um den Diplomaten zu spielen. Er dachte, als deutscher Ultrareaktionär würde er von den englischen Diebards mit offenen Armen empfangen werden. Was ungarischen Magnaten so glänzend gelungen sei, müßte ihm, dem ostelbischen Junker, nicht schwer fallen. Er bot nun den englischen Lords Hilfe gegen den Bolschewismus an, wenn England den Versailler Vertrag revidieren helfe.

Man hat, so wird berichtet, diesen plumpen Anbiederungsversuch des deutschnationalen Führers scharf zurückgewiesen. Westarp ist unverrichteter Dinge heimgekehrt. Sehr lautet wohl für ihn die Parole wieder: Gott strafe England!

Vielleicht versucht er es jetzt mit Polnarcé und bietet ihm, ähnlich der 'Kreuz-Zeitung', den Verzicht auf den Anschluß als Gegenleistung an?

Französische Beschwerde in Moskau.

Gegen die kommunistische Propaganda.

Botschafter Herbet hat laut 'Matin-Nachricht' gleich nach seiner Rückkehr vom Urlaub in Moskau bei Tschitscherin vorgesprochen und ihn wissen lassen, daß Frankreich der kommunistischen Machenschaften überdrüssig sei und daß das Zusammenwirken der kommunistischen Propagandisten mit den diplomatischen Vertretern der Sowjetunion in Paris immer unerträglicher werde. Man scheint sich allerdings in Paris keinen Illusionen über die Folgen dieses Schrittes hinzugeben, denn der 'Matin' erwartet, daß Tschitscherin wie gewöhnlich antworten werde, die Propaganda sei nicht Sache der Sowjetregierung, sondern der Dritten Internationale und er besitze nicht die Autorität, dieser Propaganda ein Ende zu bereiten.

Gefecht in Nicaragua.

New York, 27. Juli. (T.M.)

Nach einer Meldung aus Managua kam es zwischen nicaraguanischen Regierungstruppen und Aufständischen unter Führung des Generals Sandino bei San Fernando zu heftigen Kämpfen, in deren Verlauf 20 Aufständische getötet und 200 verwundet wurden. Die Regierungstruppen waren von amerikanischen Marinesoldaten unterstützt. Die Amerikaner haben die Verfolgung der Revolutionäre auch mit Flugzeugen aufgenommen.

Gegen Krieg u. Kriegsgefahr Für Frieden und Sozialismus

demonstriert die sozialdemokratische Arbeiterschaft am Montag, den 1. August, abends 7 Uhr, auf dem Wittenbergplatz. Erscheint in Massen!

Nach Ferdinands Tode.

Der Kampf um die Macht: Bratianu oder Carol?

Bukarest, Ende Juli.

'Ich bin sehr müde,' waren die letzten Worte des verstorbenen Rumänenkönigs. Man kann sie begreifen bei einem Manne, der seit Monaten dem Tode geweiht war, dessen fabelhaft robuste Konstitution aber von den Ärzten zur Vollführung jenes vielbestaunten Wunders ausgenutzt wurde, einen Halbtoten weit über die Frist hinaus am Leben zu erhalten, die ihm von der Natur gewährt war. Doch die Leiden des Sterbenden wiegen im Urteil der Geschichte weniger als die Leiden eines Millionenvolkes, das unter der Herrschaft der 'Liberalen' zu erhalten das oberste Regierungsprinzip Ferdinands war. Unter seiner Regierung wurde das allgemeine Wahlrecht erlassen, aber unter seiner Regierung auch sofort schamlos verfälscht. Er war es, der den Bauern die Aufstellung des Herrenbodens verheißt hatte, er war es auch, der kurz darauf zur Sabotage der Agrarreform ohne weiteres seine Zustimmung gab. Immer wieder hat er dem offenen zutage tretenden Willen des Volkes zum Trotz die 'Liberalen' an die Macht gebracht, sie auf diese Weise sogar unmittelbar nach dem Tode des Königs zum politischen Tode getrieben. Während der Wahlen aber war sein Lieblingszeitvertreib die Jagd, weil er nicht die Proteste der Opposition gegen den Wahlterror hören wollte. Kurzum, niemals hat er sich unterfangen, Bratianus Wünschen und Interessen entgegenzutreten, immer war er ihr treuer Vollstrecker. Ihm die volle Verantwortlichkeit für das oligarchische Regime aufzubürden, wäre freilich ungerecht. Er war doch nur ein Scheintönig und sich der Tragweite seiner Handlungen nicht bewußt. Aber es muß gesagt werden: wenn auch nicht ein Tyrann, so ist doch mit ihm der Laika eines Tyrannen dahingegangen. Seine Leiden können mit seinen Taten nicht veröhnen.

Im Sterben noch leistete Ferdinand dem ungekrönten Herrscher Bratianu den letzten Dienst. Als Averescu mit der Diktatur liebäugelte und deshalb von den Liberalen über Nacht gestürzt wurde, war der Tod des Königs noch nicht unmittelbar zu befürchten. Die Energie, mit der Bratianu die Macht wieder an sich riß, und der maßlose Terror, den er zur Eroberung der parlamentarischen Mehrheit aufzubieten ließ, bewiesen dennoch, daß er auch gegen die Eventualität der Thronvakanz gesichert sein und Averescu die Möglichkeit nehmen wollte, an der Macht den Prinzen Carol gegen die gesellschaftliche Regentschaft auszuspielen. Inzwischen verschlechterte sich der Zustand des Königs. Das Parlament wurde in aller Eile einberufen. Wäre es im Augenblicke des Todes des Königs nicht konstituiert gewesen, so hätte das alte averescianische Parlament wieder zusammentreten müssen, um den Treueeid der Regentschaft entgegenzunehmen oder abzuschweifen. Aber, kurz nachdem die gesetzgebenden Körperschaften formell konstituiert waren, kam die Nachricht vom Tode des Königs, dessen verschlechterter Zustand bis zum letzten Augenblick ein Geheimnis der Minister und des Hofes geblieben war. Wenn Ferdinand wirklich am 20. Juli um 2 Uhr früh gestorben ist, so hätte er auch aus freiem Willen keinen besseren Augenblick wählen können. Bratianu brauchte keinen König mehr. Er hatte sein Parlament und damit seine Regentschaft.

Was nun? Der Tod des Königs, der bei geregelter Erbfolge nur ein bedeutungsloses Zwischenpiel gewesen wäre, gewinnt in der monarchischen Maschinerie der Bratianus gewaltige innenpolitische Bedeutung durch die Unmündigkeit des neuen Königs und die Thronanwärterchaft des Erprinzen Carol. Das schwierigste Problem der rumänischen Politik hat plötzlich akute Formen angenommen. Zwar haben es die Liberalen verstanden, die Zügel in der Hand zu behalten, und es ist zweifellos, daß ihre Macht gegenwärtig groß genug ist, um die von ihnen geschaffene Situation zu wahren. Aber Carol wartet in Paris auf seine Stunde, und im Lande ist die Stimmung für ihn offenkundig im Wachsen. Die politische unbewußten Massen erhoffen — mit Unrecht freilich — von einer Verringerung innerhalb des monarchischen Systems eine Verbesserung ihrer Lage. Andererseits stehen sämtliche bürgerlichen Oppositionsparteien insgeheim oder offen der Regentschaft feindselig gegenüber, eben weil sie eine liberale Regentschaft ist. Die Nationale Bauernpartei hat zwar seinerzeit und auch anfänglich der Zwischenregierung Stirben der Einsetzung einer Regentschaft zugestimmt, weil sie hoffte, sich so den Weg zur Macht zu ebnet, ist aber seither abgelenkt. Averescu, durch seinen jähen Sturz verbittert, ist nicht mehr wie früher ein Strohmann der Liberalen und Sorga nimmt offen für Carol Partei. So spielen alle Oppositionsparteien mit dem Gedanken, den Sturz der Liberalen, der in direktem Kampfe unmöglich war, unter dem Banner Carols durchzuführen. Augenblicklich freilich rührt sich keine. Das Bestehen des Belagerungszustandes ist ihnen allzu deutlich in Erinnerung gerufen, den Zeitungen jedes Erwähnen des Erprinzen verboten worden. Aber die Frage als solche bleibt offen. Was dann kommen könnte, macht den Parteien keine Sorge. Sie fischen alle im Trüben, an Verzweiflung und aus Haß gegen die allmächtigen Liberalen.

So bleibt Rumänien im Zeichen stetiger politischer Unruhe und gerade deshalb im Zeichen der Diktatur. Die Liberalen wissen sehr wohl, daß ihre Machtstellung von der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Situation abhängt,

und sie sind entschlossen, sie um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Schon hat Brattianu angekündigt, die Liberalen würden lange regieren, nicht nur eine, sondern mehrere Legislaturperioden, bis zur definitiven Festigung der Regentenschaft oder zur Mündigkeit des Königs, und er hat seinen Anhängern offen erklärt, daß sie in den gegebenen Verhältnissen nicht einmal in ihrem Gewissen anders denken dürfen als er, geschweige denn anders handeln. Es war die unerbüllte Ankündigung nicht nur der liberalen Diktatur über das Land, sondern auch der Diktatur Brattianus über die Liberalen.

Die Diktatur, freilich im Gewande des Konstitutionalismus, wird also weiter — und noch dazu in bedeutend verschärftem Maße — über Rumänien laufen. Niemand kann indessen den weiteren Verlauf der Dinge voraussagen in einem Lande, das morgen mehr noch als heute ein gärendes Vulkan werden kann.

Frei und unabhängig?

Die Abhängigkeiten des Herrn Wilhelm Marx.

In der Entschliessung des Reichsparteiausschusses des Zentrums, die der Zentrums-Reichstagsfraktion Dank und Vertrauen aussprach, wurde verkündet, daß das Zentrum frei und unabhängig nach allen Seiten hin seinen Weg gehen werde.

Frei und unabhängig! Herr Wilhelm Marx aber, der Reichskanzler des Bürgerblocks, steht unter dem dauernden Druck der Abhängigkeit von den inneren Schwergewichten des Bürgerblockkabinetts. Er ist unfrei den Deutschnationalen gegenüber, unfrei vor allem gegenüber der Bayerischen Volkspartei, die ausschlaggebende Bedeutung im Rechtsblock besitzt. Das offizielle Organ der Bayerischen Volkspartei, der „Bayerische Kurier“ hält Herrn Marx seine abhängige Stellung in folgenden Sätzen vor Augen:

„Was aber wird die Deutsche Zentrumsparlei tun? Wird sie handeln, wie jenes Zentrumsmitglied des Reichsbanners, das Herrn Höring „Dank und Vertrauen“ ausgesprochen hat? Oder wird die Partei als solche dem Vorgehen ihres ersten Vorsitzenden folgen, der aus den gegebenen Voraussetzungen entschlossen, die von ihm für notwendig erachteten Folgerungen gezogen hat?“

Wie immer sich auch das Verhältnis zwischen Zentrum und Reichsbanner gestalten wird, eine klare Entscheidung wird die Deutsche Zentrumsparlei diesmal nicht vermeiden können. Und dieser Entscheidung wird nicht nur die davon zunächst berührte Christlich-soziale Partei Oesterreichs mit Spannung entgegensehen.“

Die Bayerische Volkspartei verlangt also gemeinsam mit den Deutschnationalen, daß das Zentrum sich dem Reichsbanner gegenüber für „frei und unabhängig“ erkläre, damit es desto sicherer und fester in die Abhängigkeit von reaktionären Parteien ihres Schlages gerate. Herr Wilhelm Marx hat diesen Weg beschritten. Er hat für sich einen Kommentar zur Entschliessung des Reichsparteiausschusses des Zentrums geliefert, der manchem Zentrumsanhänger zu denken geben wird. Frei von Verpflichtungen republikanischer Kameradschaft, aber abhängig von Deutschnationaler und Bayerischer Volkspartei!

Kein Austritt der Zentrumsführer.

Die Rechtspresse hat sich bei ihrem Treiben gegen das Reichsbanner besonders auf den „Badischen Beobachter“ berufen, dessen scharfe Sprache ihr ein Zeichen für den bevorstehenden Austritt des Zentrums aus dem Reichsbanner war. Diese Hoffnung der Reaktion hat getrogen. Jetzt veröffentlicht die Badische Zentrumspresskorrespondenz eine Zuschrift von „besonderer Seite“, in der es heißt:

Der Schritt des Reichskanzlers Dr. Marx ist sicherlich von weittragender Bedeutung für die Haltung des Zentrums gegenüber dem Reichsbanner. Er ist jedoch nicht ausschlaggebend, und Herr Marx will diesen seinen Schritt sicherlich auch nicht so

gedeutet wissen. Im Zentrum muß man sich klar darüber sein, daß mit der offiziellen Parole der Partei: „Los vom Reichsbanner!“ gewiß nicht zu unterschätzende Gefahren verbunden sind. Das Reichsbanner muß vor dem Schicksal des Oesterreichischen Schutzbundes bewahrt werden, und es wird vor ihm sicher bewahrt sein, wenn das Zentrum im Reichsbanner bleibt, solange ihm ein Verbleiben nicht unmöglich gemacht wird. Die Frage der Auflösung des Reichsbanners ist gewiß diskutabel. Sie zu bejahen, dazu ist man jedoch nicht in der Lage. Zum mindesten steht eines fest: Ohne Auflösung sämtlicher politischen Organisationen auch keine Auflösung des Reichsbanners.

Weiter heißt es in der Zuschrift: Bleibt das Reichsbanner zunächst bestehen und bleiben die Zentrumsleute im Reichsbanner, dann müssen sichere Kautelen dafür geschaffen werden, daß es für die Zukunft ein für allemal Schluß ist mit Entgleisungen der Reichsbannerführung. In Zukunft dürfen Rundgebungen nur erfolgen, wenn sie von einem paritätisch zusammengesetzten Vorstand gegengezeichnet sind. Läßt sich das nicht erreichen, dann scheint ein weiteres Verbleiben von Zentrumsleuten im Reichsbanner ein Ding der Unmöglichkeit. Es dürfte an der Zeit sein, das Herrn Höring einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen. Es müßten nicht zuletzt Kautelen organisatorischer Art geschaffen werden, damit nicht nach außen hin der Eindruck vorherrschend bleibt, das Reichsbanner sei lediglich eine sozialistische Leibgarde. Wir dürfen hoffen, daß die Beratungen, die in dieser Woche in Berlin stattfinden und eine vorläufige Entscheidung über die Frage Zentrum und Reichsbanner treffen sollen, zu einem Resultat führen werden, das im Interesse des Staates liegt.

Genosse Höring hat die hier so betont geforderten „Kautelen“ bereits am Sonntag in Magdeburg angekündigt. Da damit die Wünsche des Zentrums erfüllt sein dürften, liegt nach unserer Meinung kein Anlaß mehr vor, von einer Reichsbannertrife zu reden.

Zentrumsdewähler gegen Marx.

Die Zentrumsangehörigen der Kameradschaft Charlottenburg des Reichsbanners wenden sich in einem entrüsteten Schreiben, gezeichnet Alex Klotz, gegen die Stellungnahme des Reichskanzlers gegen das Reichsbanner. Das Schreiben schließt:

„Herr Reichskanzler! Erzbürger sei den Nordubun zum Opfer. Dieselbe Presse, die jetzt Ihren Austritt aus dem Reichsbanner lobt, bereite die Boden für die Nordubun an Erzbürger. In letzter Stunde, Herr Reichskanzler, bestimmen Sie sich. Wir Zentrumsangehörige des Reichsbanners halten zu Schwarzrotgold, zum Reichsbanner, auch wenn Sie das Reichsbanner bekämpfen sollten!“

Schwedische Gäste in Berlin.

Besuch zahlreicher Journalisten.

Über 40 schwedische Journalisten, darunter eine Anzahl Mitarbeiter der weitverbreiteten sozialdemokratischen Presse dieses Landes und kulturell so hochstehenden Landes, sind zurzeit Gäste des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Berlin. Wir wünschen den Kollegen aus dem Norden, daß ihr Aufenthalt bei uns sie vollkommen befriedigt und sie die besten Eindrücke von dem wiederaufstrebenden Deutschland der Arbeit, der Bildung, der Kultur und des Sports mit nachhause nehmen.

Milde Richter.

300 Mark Geldstrafe für schwere Verleumdung des preussischen Innenministers.

Berlin, 26. Juli.

Vor dem Schöffengericht Essen hatte sich ein Ingenieur aus Barne wegen Verleumdung des preussischen Innenministers Orzeinstki zu verantworten. Der Angeklagte hatte den Minister in einer Gastwirtschaft in Gelsenkirchen als hergelaufenen Polen, Schuft, Spießhaken usw. bezeichnet. Das Gericht ließ weitgehende Milde walten, indem es dem Angeklagten die Wirkung des Alkohols zugute hielt, und erkannte lediglich auf eine Geldstrafe von 300 Mark.

Der leitende Redakteur unseres Spandauer Parteiblatts, Genosse Keiner Kempfens ist am Dienstag der schweren Krankheit erlegen, die ihn seit geraumer Zeit an der vollen Auswirkung seiner Arbeitskraft behinderte. Genosse Kempfens, der aus Köln stammte, hatte eben erst das 54. Lebensjahr vollendet. Er hat eine sehr lange und sehr erfolgreiche Tätigkeit für die Partei und ihre Presse hinter sich. Schon als vierundzwanzigjähriger trat er in die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ in Köln ein, der er bis zum Jahre 1913 angehörte. Dann wurde ihm die Leitung des Sozialdemokratischen Pressebureaus für Rheinland und Westfalen übertragen, dem er bis 1919 vorstand. Während der Kriegszeit gehörte er auch einige Zeit dem Redaktionsvorstande des „Vorwärts“ an. Am 1. Juli 1919 beriefen ihn die Spandauer Genossen an ihr „Volkblatt“, das er bis zu seinem Tode leitete und an dessen Ausblühen er in hervorragendem Maße beteiligt war.

Sein besonderes Interesse hat immer die Ausgestaltung und der Wirkungsmöglichkeit der Parteipresse gehört. Nicht nur die Partei, sondern auch der „Berein Arbeiterpresse“, der die Geschäftsführer und Redakteure unsere Zeitungen umschließt, hat in Kempfens einer der eifrigsten Mitglieder verloren. Noch auf der letzten Generalversammlung des Vereins, die im Anschluß an den Parteitag in Kiel tagte, hielt Kempfens einen Vortrag über die Ausbildung von Kolonisten in der Parteipresse. Schon damals war er ein schwerkranker Mann, der nur mit Mühe die Anstrengungen der Tagung überstehen konnte. Nur zwei Monate später ist er ein Opfer der schleichenden Krankheit geworden.

Die Partei und ihre Presse verlieren in dem Genossen Kempfens einen aufrechten Kämpfer, einen treuen Kameraden, einen prachtvollen Menschen. Sie werden sein Andenken in Ehren bewahren!

Oberregierungsrat Scherel gestorben.

Mit tiefem Bedauern vernehmen wir, daß der zweite Leiter der Amtlichen Preussischen Pressestelle, Oberregierungsrat Scherel auf einer Ferienreise in Finnland in geradezu tragischer Weise aus dem Leben geschieden ist. Der 58jährige, stets frische und sogar fröhliche Mann erkrankte plötzlich an einer Blinddarmentzündung und ist bei der Operation oder kurz nachher gestorben. Offenbar ist die Operation zu spät vorgenommen worden, was natürlich bei einer Reise durch einsame und großstädtige Gegenden nur zu leicht geschehen kann. Scherel war aus der freisinnigen Journalistik hervorgegangen und hatte sich neben seiner politischen Tätigkeit besonders viel und eifrig auch mit dem Theater und der schönen Literatur beschäftigt; auch am „Vorwärts“ hat er gelegentlich mitgearbeitet. In seiner Stellung beim preussischen Staatsministerium ist er der gesamten Presse stets gern gefällig gewesen und die Trauer um ihn wird recht allgemein sein.

Proletarische Solidarität.

Unheilbare Kriegskrüppel für die Opfer in Wien.

Die Kopf- und Rückenmarks-Kriegsinvaliden, die unheilbar krank auf der Kopfschuhstation in Wien IX., Krottenbachstraße, liegen, haben eine Sammlung für die Hinterbliebenen des Blutfreitags veranstaltet. Die armen Teufel, die eine Spitalabkohnung von sage und schreibe siebenzig Groschen täglich beziehen (42 Pf.) für die Anschaffung von Bedarfsgegenständen, Zigaretten, Kostzubußen und dergleichen mehr, haben sich von ihren kümmerlichen Ersparnissen ein paar Groschen oder Schilling abgeknöpft, um sie als kleine aber vielzählige Gabe in die Hände der Bewunderten und Hinterbliebenen zu legen. Aus Beiträgen von 50 Groschen aufwärts bis zur Höchstspende von 5 Schilling (3 Mark) hat sich gemeinsam mit den Spenden der Krankenpflegerinnen, Spitalangestellten und einigen Kriegervetern, die Summe von 103 Schilling (62,80 Mark) ergeben, die der Gemeinde Wien zur zweckmäßigen Verwendung für die unglücklichen Opfer zur Verfügung gestellt wurde.

Ode an einen Reichskanzler.

Erster Mann im Deutschen Reiche
Wird durch seine Pflaumenweiche
Ein geklärtes Temperament,
Das mit Recht man mahovoll nennt.

Trachtest Du, durch selbstbewußten
Eifer stärker zu verkräften, —
Trage Sorgfalt, daß indes
Der verhärtende Prozeß

Auf die Glieder und Gelenke,
Welche linksseits, sich beschränke,
Rechtsseits durch Schiner und Saft
Bleibe stets molluskenhaft!

So — halb Butterkreb, halb Panzer —
Wandrierst Du als ein ganzer
Staatsmann ohne Hindernis
Zwischen Tat und Kompromiß.

Links schützt Dich die rauhe Schale
Gegen alles Radikale,
Deine Rechte, wohl erweicht,
Racht dort jeden Anschlag leicht.

Links sieht als unnahbar Schroffen,
Rechts man Dich der Liebe offen,
Rechts streckt jeden Tritt Du ein,
Links tritt Dein gepanzert Bein.

Leitest Du die rechten Tritte
Links ab, heißt Du „Mann der Mitte“.
Wenn man diesen Top beschaut,
Scheint er einem altorttraut.

In der Zeit des fortgerannten
Herrschers alle wir ihn kannten,
Nur hieß das im alten Staat:
Wirklicher Geheimer Rat.

Mich. von Lindenheden.

Wieder ein jüdisches Milieustück.

Das ziemlich vergilbte Lustspiel „Lily Grün“ des Ungarn Emrich Földes ist soziales ein ins Jüdische übersetztes „Rein Leopold“ oder ein „Jettchen Gebert“ mit glücklichem Ausgang. Die Bühnenfiguren sind durch die Banal-gründeliche, vor Reichtum überquellende Menschen. Sogar die Chevermüllerin, die Lily Grün den Mann fürs Leben besorgt, ist eine höchst achtbare Person. Selbstverständlich hat sich Lily einen ganz anderen Mann in ihr Köpfchen gefügt als den kleinen Tuchhändler

Vadislav, der die Heirat perfektuieren möchte und überhaupt alles von geschäftsmäßigen Standpunkt ansieht. Hinter seinem Ordebruch schlägt aber ein verdammt gutes Herz, was die romanische Lily endlich im dritten Akt einfließt, und wodurch der glückliche Ausgang besiegelt ist. — Wenn das Theater die „Komödie“ mit diesem anspruchslosen Lustspiel einen großen Erfolg erzielt, so liegt das erstens an der sehr geschickten Charakterisierungskunst des Autors und zweitens an der prächtigen Darstellung. Unter der Regie des Friedrich Lobe wuchsen die mit Liebe gezeichneten Typen zu warmem, pufferendem Leben: am erstaunlichsten Paul Morga als kleiner Reisender Vadislav. Seine Komit hatte etwas rührend Tragisches. Er eroberte sich mit feiner zarten, bewußt unbeholfenen Art nicht nur Lily, sondern auch des Parteis Herzes. Mit Ausnahme von Max Grünberg, der in seine Liebhaberrolle einen Schuß Intrigantentum legte, erfreute jeder Darsteller. In erster Reihe sind Friedrich Lobe selbst, Fritz Beckmann und von den Damen Alice Heagy, Emille Kurz und Dora Paegold zu nennen. Dgr.

Die Musikberatungsstelle im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht macht es sich zur Aufgabe, der Öffentlichkeit auf musikalischem Gebiet beratend zur Seite zu stehen. Ihr Wirkungsbereich erstreckt sich auf Vorbereitung, Zulassung, Aufnahmeprüfung an den Hochschulen für Musik, der staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik, Vorbereitung für das Musiklehramt an höheren Lehranstalten, für den Beruf des Kirchenmusiklers, des Privatmusiklehrers usw. Auch in der Frage des Orchesterwachstums wird sie durch Hinweis auf geeignete Erziehungsstätten Dienste zu leisten suchen. Ueber den engeren Rahmen der musikalischen Berufsberatung hinaus soll die Musikberatungsstelle eine Zentrale für alle mit Musikerziehung und Musikpflege in Zusammenhang stehenden Fragen werden und durch Hinweis auf öffentliche Einrichtungen (Bibliotheken, Chöre, Sammlungen usw.) und Veranstaltungen (Fortbildungskurse, Tagungen, Musikfeste) das allgemeine Interesse zu fördern und anzuregen suchen. Die Musikberatungsstelle ist wöchentlich zweimal, Dienstags von 11 bis 1 Uhr und Donnerstags von 5 bis 7 Uhr, im Hause des Zentralinstituts, Potsdamer Straße 120, geöffnet. Schriftliche Anfragen sind zu richten an die Musikberatungsstelle im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, B. 35, Potsdamer Straße 120. Telephonische Anfragen können nicht beantwortet werden.

Das Flugzeug im Dienste der Forstwirtschaft. Die Verwendungsmöglichkeit des Flugzeuges ist heute nicht mehr darauf beschränkt, Kriegsdienste zu leisten und als Verkehrsmittel zu dienen, auch andere Möglichkeiten haben sich inzwischen dem Flugzeug eröffnet. Es sei hier nur an die Reklameflugzeuge erinnert. Aber auch die Landwirtschaft, oder richtiger die Forstwirtschaft, ist in letzter Zeit daran gegangen, das Flugzeug in ihren Dienst zu nehmen. In den letzten Wochen sind (wie schon früher) Flugzeuge dazu benützt worden, um in größeren Waldbeständen Pommerns einen systematischen Kampf gegen Forstschädlinge durch Bestreuen von Giften zu führen. Es war dieses ein ganz offener Erfolg. Bei Biegow sind 400 Hektar Waldgelände durch insgesamt 32 Flüge mit 16 000

Kilogramm Gift befreit worden. In der Nähe von Tempelburg hat man sogar einen Waldbestand von 1000 Hektar durch Flugzeuge befreien lassen. In 79 Flügen wurden 41 600 Kilogramm Pulver verbraucht. Es ist ein Vorteil dieser Schädlingsbekämpfung durch Flugzeuge, daß große Strecken innerhalb kurzer Zeit mit einem Male durch das verspreute Gift für die Schädlinge unwohnlich gemacht werden; denn mit An- und Rückflug stellt sich jeder einzelne Streifenflug auf etwa 20 bis 30 Minuten. Zu allen Arbeiten bei der Durchführung der Flüge brauchte man lediglich 6 Personen.

Das lateinische Alphabet in Japan. In Japan ist gegenwärtig eine starke Bewegung im Gange, an Stelle der jetzigen, aus der chinesischen Silbenschrift abgeleiteten japanischen Schrift das lateinische Alphabet einzuführen. Prof. Tanakadate von der Universität Tokio, der sich mit den Vorarbeiten hierfür befaßt, hat erklärt, daß die Annäherung Japans an die europäische Zivilisation diesen Schritt in unabsehbarer Zeit unbedingt notwendig machen werde, hauptsächlich für die Erleichterung des Handelsverkehrs und für den Schulunterricht.

Auf der Suche nach Sgarbis. Die italienische Wissenschaft will jetzt das Geheimnis der berühmten Geneserstadt Sgarbis entschlüsseln. Sgarbis Blütezeit fiel in das 8. bis 6. Jahrhundert v. Chr. Ein dichter Legendentanz windet sich um diese Stadt, deren Glanz und Reichtum noch heute, Jahrtausende später, sprichwörtlich sind. Die Sgarbiter, Reisler im Lebensgenuss, waren so reich, daß sie es sich leisten konnten, die Straßen ihrer Stadt und die Landstraßen der Umgebung mit kostbaren Zelttüchern zu überdecken, um gegen die Sonnenstrahlen geschützt zu sein. Man kennt ferner die berühmten Geschichten des mit Rosenblättern gepöppelten Bettes. Die Krotoniaten, die auf den Wohlstand von Sgarbis neidisch waren, überfielen unter Wilsons Führung die Stadt, belagerten und erstickten sie, worauf die dreihunderttausend Einwohner teils getötet, teils in die Sklaverei geführt wurden.

Das Ende der Tramp-Romantik. Die Romantik des alten amerikanischen Tramplebens geht allmählich zu Ende. Früher war der Tramp ein wandernder Gelegenheitsarbeiter, meistens ein höchst eigenwilliges Individuum, und jeder schlug sich allein durchs Leben, so gut es gehen mochte. Jetzt hat vor kurzem der erste Kongreß dieser ersten Wanderarbeiter stattgefunden; man ist organisiert, hat ein Zentralbureau, einen Präsidenten, juristische Beiräte und anerkannte Bureau für Arbeitsvermittlung. Nun will man allerdings auch den Namen Tramp loswerden, der künftig nur noch für nichtarbeitende Landstreicher verwendet werden soll, während der reguläre Wanderarbeiter die vornehmere Bezeichnung Hobo vorzieht. Zu dem Kongreß waren übrigens mehrere Delegierte im Auto erschienen.

Eine große englische Kunstausstellung in Wien wird für den Herbst vorbereitet. Sie soll die Kunst Englands von Dazard bis zur Gegenwart in Dampfwerken zeigen. Die englischen Museen und die Sammlungen des Königs steuern dazu Bilder bei.

Konzertrevue. Alfredo Casella, der bekannte italienische Pianist, Dirigent und Komponist modernster Richtung, ist soeben von seiner amerikanischen Konzertreise zurückgekehrt, bei der er nicht weniger als sechzig Orchesterkonzerte im Verlauf von zwei Monaten gegeben hat.

Landbündelpatrioten.

Die deutschen Wanderarbeiter im Urteil der pommerischen Gutsbesitzer.

Kürzlich erschien eine Flugchrift des Pommerischen Landbundes, in der Angaben von Gutsbesitzern über die bei der Beschäftigung deutscher Wanderarbeiter gemachten Erfahrungen registriert werden. Die Angaben sind zum Teil so haarsträubend und für die deutschen Wanderarbeiter so beleidigend, daß es lohnt, einige von ihnen festzuhalten.

Die Gutsverwaltung in Reegow und Klein Beelow schreibt:

Kuniglich haben wir eine Kolonne Stettiner Erwerbsloser zur Kartoffelernte. Auch diese Leute sind durchaus unbrauchbar und faul und legen es nur darauf an, in der Woche bei einer leichten und geringen Arbeit einen möglichst hohen Verdienst zu haben. Die Hälfte der Leute ist bereits nach zwei bzw. fünf Tagen wieder davongegangen.

Herr von Eisenrot-Silberberg aus dem Kreise Arnswalde sagt:

Außerdem ist noch zu bemerken, daß die polnischen Wanderarbeiter mindestens doppelt soviel leisten wie die deutschen Wanderarbeiter.

Ein Herr Fabricius bemerkt:

Die Leute wollen einfach nicht arbeiten. Sie erklärten mir rund heraus, was soll ich bei Ihnen arbeiten, ich gehe ja viel bequemer stemplein.

Herr Nobel auf Chinnow, Kreis Ustedom-Wollin, schreibt folgendes:

Nach dem, was ich jedoch in anderen Wirtschaften sah, möchte ich fest behaupten, daß deutsche Schnitter noch nicht 50 Prozent von dem leisten, was polnische Schnitter an Arbeit schaffen. R. G. ist es Grundlag der deutschen Wanderarbeiter „recht wenig tun und viel verdienen“. Sie läsen nicht, und sie ernten nicht, und die Gutsverwaltung ernährte sie doch.

Graf von Schwerin in Ducherow gab folgendes Urteil ab:

Ich sehe jedenfalls meinen Versuch, nur mit deutschen Wanderarbeitern auszukommen, als fehlgeschlagen an und werde ihn nicht wiederholen, solange bei einem großen Teil der deutschen Arbeiter die Meinung besteht, auch ohne Arbeit leben zu können.

Besonders bezeichnend ist die Antwort des Rittergutsbesitzers von Ziemow, Gr. Gansen im Kreise Stolp:

Während der polnische Wanderarbeiter ein ausgezeichnetes landwirtschaftlicher Arbeiter ist, der mit großer Vertragstreue seinen Verpflichtungen nachkommt, bildet nach meinen Erfahrungen der deutsche Wanderarbeiter ein dauernd unzufriedenes und Unfrieden verbreitendes Element. Trotzdem gleiche Lohn- und Verpflegungssätze für deutsche wie für polnische Wanderarbeiter gegeben wurden, habe ich in allen Jahren noch einer Beschäftigungsbauer der deutschen Wanderarbeiter von höchstens zwei Tagen eine Entlassung dieser einer weiteren Beschäftigung vorziehen müssen.

Die frappante Übereinstimmung der Urteile macht diese Auslassungen von vornherein verdächtig. Wenn es keine Gutsbesitzer gibt, die mit den deutschen Wanderarbeitern zufrieden sind, so kann das nicht an den letzteren allein liegen. Vielmehr wird man die Ursache auch darin suchen müssen, daß man an die niedrig entlohnenden und oft grauenhaft untergebrachten Wanderarbeiter Anforderungen stellt, die zu erfüllen man eben Vole sein muß. Denn Polen ist nun einmal noch heute das Land niedriger Löhne und sozialen Rückstandes.

Ist dem aber so — und nach allem was man über die Liebe der Großagrarier zu ihren Arbeitern weiß, ist es nicht anders — so verdienen diese angeblich betriebswirtschaftlichen Urteile als schamlose Hezke energische Zurückweisung. Die Deutschnationalen lassen den berühmten „Schutz der nationalen Arbeit“, der zur Begründung der Wucherzölle herhalten muß, dahin auf, daß die Rente der Großgrundbesitzer, nicht aber die Arbeitskraft der Tüchtigen gefördert werden soll. So erklärt es sich, daß man mit streng nationaler Gesinnung die Einfuhr fremder Waren fernhalten, die Einfuhr billiger und anspruchsloser Arbeitskräfte aber steigern will, um auf die deutsche Landarbeiterschaft einen sozialen Druck auszuüben. Praktisch wird dadurch die Entvölkerung des platten Landes künstlich begünstigt. Denn dafür, gegen billigen Lohn bei mangelhafter Unterkunft zu arbeiten und dann noch am Arbeitsplatz und sogar in der Dessenlichkeit als Tagelöhner beschäftigt zu werden, dafür dankt mit Recht der größte Teil der deutschen Arbeiter.

Die niedrigen Schmähungen der deutschen Großgrundbesitzer gegen die Wanderarbeiter richten sich so von selbst. Aber man wird sich an sie erinnern müssen, wenn die Großagrarier wieder mit Zollansprüchen vor das Parlament treten.

Das Saargebiet bleibt deutsch.

Die Volkvertreter sagen es dem neuen Landesregenten.

Saarbrücken, 27. Juli. (W.Z.)

Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes Sir Ernest Wilson hat im Beisein des Regierungskommissars Robinson den Präsidenten des Landesrats Scheuer und die Führer der einzelnen Landesratsfraktionen empfangen. Die Fraktionsführer trugen dem Präsidenten ihre prinzipiellen Wünsche in bezug auf das Zusammenarbeiten der Regierung mit dem Landesrat vor, wobei sie besonderes Gewicht darauf legten, daß für die Zukunft die Gutachten des Landesrats mehr als bisher Berücksichtigung erfahren und die Regierungskommission mithelfen möge, daß das Saargebiet entsprechend dem Wunsch seiner Bevölkerung baldmöglichst zum Deutschen Reich zurückgeführt werde. Der Präsident gab seiner Freude Ausdruck, die Vertreter der Bevölkerung bei sich zu sehen, und sprach die Hoffnung aus, durch die persönliche Fühlungnahme zu einem guten Verhältnis zwischen Regierung und Landesrat zu kommen.

Für 60 000 gefallene Engländer wurde in Opiern ein Kriegerdenkmal enthüllt.

Vor dem römischen Staatsgerichtshof wurde gegen 19 Kommunisten wegen Hochverrats verhandelt. Zwei erhielten 12 Jahre, drei 10, die übrigen 9, 8, 6, 5 und 4 Jahre Zuchthaus.

Widerung der Devisenbestimmungen in Frankreich. Der Finanzminister hat in einem Rundschreiben an die Leiter der Kreditanstalten eine Reihe von Widerungen der seit dem Jahre 1924 erlassenen Bestimmungen über die Verhütung der Kapitalflucht verfügt.

Beseitigung des Mieterschutzes?

Ein sonderbares Gerichtsurteil.

Durch Kaufvertrag vom Januar 1911 erwarb der jetzt 77 Jahre alte Gastwirt Fr. Müller die in Tempelhof, Berliner Straße 97 belegene Gastwirtschaft mit sämtlichem Inventar von seinem Vorgänger Aug. Schmidt. Der damalige Hauseigentümer genehmigte den Übergang des Mietverhältnisses auf Müller durch Nachtrag vom 27. Januar 1911. Der Mietvertrag ist einer der früher allgemein in Berlin üblich gewesenen formularmäßigen Verträge.

Der jetzige Eigentümer des Hauses, der das Grundstück 1919 käuflich erwarb, kündigte im vorigen Jahre den Vertrag, weil es sich nach seiner Ansicht um ein Pachterhältnis handelt und das Mieterschutzgesetz hierauf keine Anwendung findet.

Da Müller diese Kündigung nicht anerkannte, weil sie im Gegenjah zu der Hirtliefer-Verordnung vom 11. November 1926 steht, klagte Hoffmann auf Räumung und gewann den Prozeß auch in beiden Instanzen. Die Entscheidungsgünde des Landgerichtsurteils — Landgericht II Berlin, 22. Zivilkammer — 35 Om 730/26 — lauten, wie folgt:

Die den Beklagten überlassenen Räume im Erdgeschoß waren, wie unstreitig ist, bei der Übernahme durch sie am 1. Februar 1911 mit einer für den Betrieb einer Gastwirtschaft geeigneten Ausstattung und Einrichtung versehen und auch in ihrer baulichen Beschaffenheit zu dem vereinbarten Zweck geeignet. Sie sind mithin den Beklagten als fruchtbringende Sache überlassen worden. Das Rechtsverhältnis der Parteien stellt sich demnach, wie das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung bei Vorliegen dieser Voraussetzungen angenommen hat, als Pachtervertrag dar. Diese Pacht erstreckt sich auch auf die mitüberlassenen Wohnräume von 4 Zimmern im ersten Stockwerk. Sie sind nur durch die Gastwirtschaft betreibbar und haben mit dieser die Küche und Toilette gemeinlich. Sie stellen also schon nach ihrer baulichen Anlage keine selbständige Wohnung dar. Noch weniger trifft das nach ihrem Zweck zu. Sie sind ständig mit der Gastwirtschaft zusammen den Pächtern dieser überlassen worden, um ihnen eine bequeme unmittelbar zugängliche Unterkunft zu bieten. Eine Trennung von den Wirtschaftsräumen erforderte erhebliche Um-

bauten. (So behauptet natürlich der Eigentümer. (Die Red.) Sie können nach alledem, nach ihrer Bestimmung, dem wirtschaftlichen Zweck der Gastwirtschaft zu dienen, und nach ihrem räumlichen Verhältnis zu dieser, nur als Zubehör gelten und müssen deren Rechtschicksal solange diese Beziehungen bestehen, teilen. Daß die Parteien das Vertragsverhältnis als Miete bezeichnet haben, ist gleichgültig, auch welche Auffassung das Mietvertragsamt über die Natur des Vertrages gehabt.

Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts kommt es auch nicht darauf an, wer die Inventarliste angefertigt hat, und wer deren Eigentümer ist. Die Ausführungen die die Beklagten hiergegen vorbringen, desgleichen ihre Ausführungen, die sich auf den früheren Zustand der streitigen Räume beziehen, sind nicht erheblich und nicht in dem Maße, die für sie harte Rechtslage zu ändern.

Der Wohlfahrtsminister Hirtlieferer sagt in seiner Verordnung vom 11. November 1926 über Lockerung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume, daß Läden, die mit Wohnraum zusammenhängen, nach wie vor dem Mieterschutzgesetz unterstehen und nicht getündigt werden dürfen, das Landgericht II Berlin ist dagegen der Auffassung, gerade weil die Wohnung so eng mit dem Laden zusammenhängt, gibt es keinen Mieterschutz; die Mieter sind vielmehr auch aus der Wohnung hinauszudrängen. Bei einer solchen Rechtsprechung wird es wohl nicht viele Kadenmieter geben, bei denen nicht plötzlich das Mietverhältnis in ein Pachterhältnis umgedeutet wird, und damit diese Mieter um ihren gesetzlichen Schutz gebracht werden können. — Ist das der Wille des Gesetzgebers? Was sagt das Wohlfahrtsministerium zu dieser Begünstigung seiner Verordnung?

Am 2. August soll die Räumung durch den Gerichtsvollzieher vorgenommen werden, die alten Leute mit drei erwachsenen Töchtern (davon eine geisteschwach), wissen heute noch nicht, wo sie bleiben werden. Ohne Entschädigung, ohne Fristenmittel müssen sie die Räume verlassen, in denen sie 16 Jahre lang ihr Brot hatten. Aufgabe des Wohnungsamtes ist es, noch vor dem 2. August eine geeignete Wohnung für diese unglücklichen Opfer einer unverständlichen Rechtsprechung zu schaffen, und Aufgabe des Reichstages muß es sein, gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Wiederholung solcher Fälle umgehend zu treffen.

Mord an der Braut.

Zu einem Wutanfall im Bett erwürgt.

Eine lurchbare Liebestragödie, die an den Fall der ermordeten Elise Arndt in der Rosenthaler Straße erinnert, hat sich in der vergangenen Nacht im Hause Fildcinststraße 29 abgepielt. Der 22 Jahre alte Brauereiarbeiter Artur Fischer erwürgte dort seine Braut, die 24 Jahre alte Näherin Emma Marschner aus der Ringbahnstraße 13 zu Tempelhof.

Die jungen Leute unterhielten seit längerer Zeit ein Verhältnis, das Mädchen hatte aber zu Bekannten wiederholt geäußert, daß es die Absicht habe, sich von Fischer zu trennen. In der Wohnung der Mutter kam schließlich mehrmals eine Ausöhnung zustande. Gestern muß Fischer das Mädchen wieder getroffen und überredet haben, ihn in seine Wohnung zu begleiten. Gegen 3 Uhr morgens erschien er auf dem Polizeirevier und teilte mit, daß er seine Braut ermordet habe. Die Beamten fanden keine Angaben bestätigt. In dem Zimmer Fischers, der im hohen Erdgeschoß als Untermieter wohnt, lag das Mädchen vollständig entkleidet tot im Bett. Am Halse zeigten sich deutliche Würgemarle, und außerdem hatte der Körper seinem Opfer eine Schürze um den Hals gelegt. Nach seiner Darstellung ist er mit dem Mädchen oberhalb im Streit geraten und hat die Unglückliche in ausbrechender Wut gepackt und ermordet. Als sein Verbrechen ihm zum Bewußtsein kam, versuchte er, das Mädchen ins Leben zurückzurufen, hatte aber keinen Erfolg. Er verließ endlich das Haus, suchte mehrere Lokale auf, um sich Mut anzutrinken und stellte sich schließlich der Polizei. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Da bei Fischer offenbar sadistische Reigungen zutage getreten sind, so ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß er vielleicht auch für den Mord an Elise Arndt als Täter in Frage kommt. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Esperanto-Weltkongreß.

In diesen Tagen findet in Berlin ein Vorkongreß anläßlich des 19. Esperanto-Weltkongresses in Danzig, statt. An diesem Vorkongreß nehmen u. a. Japaner, Engländer, Schweden, Amerikaner, Jugoslawen, Russen usw., im ganzen 25 verschiedene Nationen teil. Zu Ehren der ausländischen Gäste lud das Komitee der Berliner Esperantovereinigung zu einem Begrüßungsabend in die Aula des Dorotheenspitalischen Realgymnasiums, Dorotheenstraße 12. Der große Saal bot ein interessantes, eigenartiges Bild der verschiedensten Menschenseelen, die geeint durch eine Sprache, gleichsam eine große Familie bilden. Der Vorsitzende des Berliner Komitees begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste und verlas hierauf viele Glückwunschkarten der Behörden, u. a. ein Schreiben des Ministers des Innern, des Berliner Magistrats, des Resercomites und Fremdenbüreaus u. a. m. Das Schreiben des Berliner Resercomites enthielt gleichzeitig eine Einladung des Direktors Schick, gelegentlich der großen Ausstellung im Jahre 1930 auch den Esperantokongreß in Berlin abzuhalten. Im Namen des Berliner Polizeipräsidiums sprach Regierungsdirektor Spender, der das große Interesse der Polizei für ein internationales Verständigungsmittel der Völker hervorhob, das zur Völkerverbindung und zur Völkervermehrung beitrage und gleichzeitig ein wichtiges Hilfsmittel im Kriminaldienst darstelle. Hierauf ergriffen die Vertreter der einzelnen Länder das Wort; als erster Dr. Ojaka im Namen des japanischen Ministeriums, dann der Vizepräsident der englischen Esperantovereinigung. Im Namen der holländischen sprach eine Frau. Besonderen Dank sprach der Vorsitzende dem Engländer Warden aus, der bereits viele Werke in die Esperantosprache übersetzt hat.

Was hat der Flugpastor verbrochen?

Wir berichteten seinerzeit über die Trauung zweier junger Paare im Flugzeug und die üblen Folgen, die diese Angelegenheit für den amtierenden Pastor gehabt hat: Pfarrer Teichmann wurde durch das evangelische Konsistorium der Mark Brandenburg vom Amt suspendiert. In diesen Tagen nun hat das Konsistorium zum erstenmal in offizieller Sitzung über den Fall verhandelt. Wir schrieben damals, daß die evangelische Kirche sich noch an ganz andere Dinge gewöhnen müsse, und fügten hinzu: „Wenn sie sich aber auf die Zeitentwicklung nicht einstellt, wird sie bestimmt keine Fortbeeren ernten und keine neuen Anhänger gewinnen.“ Dies scheint inzwischen auch das Konsistorium eingesehen zu haben. Denn es erklärt jetzt, nicht die Trauung im Flugzeug sei zu verurteilen, sondern die Tatsache, daß die kirchliche Handlung verfilmt worden sei. Dadurch sei aus dem feierlichen Akt eine Sensation gemacht worden, und das sei zu verwerfen. Da dürfen wir das hohe Konsistorium vielleicht daran erinnern, daß vor dem Kriege tausendfach Bilder und Photographien von den Hochzeiten kaiserlicher Persönlichkeiten bis zum Fürsten von Reuß-Greiz-Lobenstein mittlerer Linie abwärts verbreitet worden sind mit dem tönenden Paar und dem segnenden Pastor darauf. Ist das keine Sensations-macherei? Pfarrer Teichmann bleibt bis auf weiteres vom Amt suspendiert. Sind anno dazumals auch die biedereren Hauptprediger disziplinarisch belangt worden?

Der „Grundstein ihrer Ehe“.

Das Versteck im Humboldtthain.

Eine wilde Jagd gab es vor einigen Tagen in der Siemensstraße. Hier hatte ein 25 Jahre alter Frh W. unter verwickelten Umständen versucht, sich in den Besitz eines Brautgeschmüces zu setzen, der ihm eine sofortige Heirat ermöglichen sollte. W. war häufiger Gast in einem Lokal in der Siemensstraße und hatte in Erfahrung gebracht, wo die Wirtin ihr Geld und ihre Schmuckstücke aufbewahrte.

Als sie neulich zu einer kurzen Beforgung das Lokal verließ, folgte er den Entschluß, sich diese Werte anzueignen. Er ging aber nicht den direkten Weg. Vom Hofe aus zwangte er sich durch ein enges Klotzfenster, drang in das Schlafzimmer der Wirtin ein und holte aus einem Schränkchen bares Geld und Schmuckstücke im Gesamtwert von etwa 4000 Mark. Auf demselben Wege, auf dem er gekommen war, kehrte er auf den Hof zurück und setzte sich dann, um keinen Verdacht zu erregen, wie ein harmloser Gast in den Schankraum. Als die Wirtin zurückkehrte, wurde der Diebstahl alsbald entdeckt. Die Frau, die ihre Pappentelmer taunte, wollte rasch die Polizei holen und hat einige andere Gäste, solange ein Auge auf W. zu haben. W., dem die Beobachtung natürlich nicht entging, sprang plötzlich auf. Alle glaubten, daß er zur Tür hinaus wollte und verstellte ihm den Weg. Er aber setzte über die Treppe, rannte durch die Wohnung und versteckte sich im Keller. Als man ihn auch hier aufstöberte, kaufte er mit einem Lastenaufzug in das 4. Stockwerk hinauf, erkletterte das Dach und kletterte über einige Hochparadieser hinweg auf die Straße hinunter. Ehe seine Verfolger ihn greifen konnten, war er in ein Auto gestiegen und davon gefahren. Die Wohnung seiner Braut wurde in der Komlerstraße ermittelt, und hier nahmen die Beamten der Dienststelle B 3 eine überraschende Durchsuchung vor. Von dem gestohlenen Gut wurde aber nichts gefunden. Das Mädchen bestritt alles und W. gab an, daß er lediglich aus Furcht vor seinen Verfolgern geflüchtet sei. Man setzte sie wieder auf freien Fuß, hielt sie aber unter händiger Beobachtung. Es fiel auf, daß das Paar keine Spaziergänge mit Vorliebe in dem Humboldtthain unternahm und hier einem bestimmten Platz an der Himmelstempelstraße besonders liebevolle Aufmerksamkeit schenkte. Beim Nachgraben entdeckte man denn dort auch die der Wirtin gestohlenen Sachen, die den Grundstein zu der neuen Ehe hatten bilden sollen. Jetzt wurden W. und sein Brautbräutigam wiederum festgenommen, und der junge Mann gab den Diebstahl auch zu. Er ist bisher unbescholten, war aber so vernarrt, daß er vor keinem Mittel zurückschreckte.

Eisenbahndammbruch in Leipzig.

Leipzig, 27. Juli. (W.Z.)

Nach Passieren des Münchener D-Zuges gestern kurz nach 20 Uhr ist der Eisenbahndamm bei der Goldenen Aue in Leipzig in einer Länge von 50 bis 60 Metern abgerutscht, so daß der eine Schienenstrang teilweise freigelegt wurde. Der Betrieb wird eingeleitet aufrechterhalten. Man glaubt, daß durch den Regen der letzten Tage die Erde des Bahnkörpers gelockert wurde.

Ein Boot und drei Mann.

Stadt und Meßsaat Frankfurt a. M. haben das Angebot eines Kapitän Sievert angenommen, der mit einem neuen 9½ Meter langen und 3½ Meter breiten Segelboot, das den Namen „Frankfurt a. M.“ tragen wird, mit drei Mann Besatzung eine Weltumsegelung unternehmen will. Von Frankfurt a. M. aus soll auf der Donau das Schwarze Meer erreicht werden, von da geht es durch die Dardanellen und den Suezkanal nach Ostindien und weiter von Singapur nach Batavia. Hier soll das Boot überholt werden. Die Weiterfahrt geht dann durch die Inseln des Stillen Ozeans, und die Strecke bis zur Küste von Chile soll in Begleitung eines großen Dampfers zurückgelegt werden. Durch die Straße von Magelhaens soll die Ostküste von Amerika gemommen werden und die Fahrt in New York enden. Kapitän Sievert hat den Auftrag, in zahlreichen Städten Vorträge über die Bedeutung der Frankfurter Messe zu halten, über die der Segler zahlreiches Werbematerial mitführen wird.

Französische Anerkennung für deutsche Seelente. Für die am 26. Februar d. J. durch das deutsche Motorantriebsgeschiff „Phöbus“ der aus 53 Mann bestehenden Mannschaft des französischen Fischdampfers „Malouin“ geleistete Hilfe hat die französische Regierung jetzt durch den hiesigen Generalkonsul dem Kapitän Courtin vom Dampfer „Phöbus“ eine silberne Plakette und dem Radiotelegraphisten Meusch eine Bronzetafel überreicht. Im beifolgenden Schreiben heißt es, derartige Mitbesetzungen von deutschen gegenüber französischen Seelenteu ist nicht nur ein Beweis von der hohen Pflichtauffassung, sondern sie führten auch in Frankreich die Beweise, daß unter tragischen Umständen die Herzen zweier Völker sich näherten und sie sich dadurch besser verstehen und schätzen lernten.

Die Ortsausschüsse des ADBB.

Ihre Tätigkeit im Jahre 1926.

Obwohl die Gewerkschaften im allgemeinen unter der Last der Wirtschaftskrise schwer zu leiden hatten und ihre Mitgliederzahlen zurückgingen, haben trotzdem die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1926 in der Festigung ihres Bestandes weitere

erfreuliche Fortschritte

gemacht. Der Sturz der Währung hatte die Ortsausschüsse besonders stark getroffen und viele zur Einstellung ihrer Tätigkeit gezwungen. Die jüngste Statistik bietet nun wieder einen sicheren Ueberblick über das weite Gebiet der Ortsausschüsse, soweit sie sich als lebensfähig erwiesen. Insgesamt bestanden im Berichtsjahr 1926 Ortsausschüsse, von denen 1083 = 83,8 Proz. an der Statistik beteiligt sind. Diesen waren 11 545 Gewerkschaften angeschlossen, die am Ende des Jahres 3 264 523 Mitglieder, darunter 508 214 weibliche und 120 997 jugendliche, zählten. Demnach wurden von der Statistik der Ortsausschüsse 83 Proz. der gesamten Zahl der Mitglieder des ADBB. erfasst. Von den berichtenden Ortsausschüssen zählten 644, also reichlich die Hälfte, bis 1000 Mitglieder, 388 = 35,8 Proz. über 1000 bis 10 000 Mitglieder und 52 = 4,8 Proz. über 10 000 Mitglieder. Man kann diese Gruppierung, in der gleichen Reihenfolge, als die kleineren, mittleren und größeren Ortsausschüsse bezeichnen. Auf die erste Gruppe entfallen 269 188, auf die zweite 1 138 119 und auf die letztangeführte Gruppe 1 857 216 Mitglieder. Nach der Zahl der Mitglieder liegt demnach das Schwergewicht des Ortsausschussesbestandes bei den mittleren und größeren. Doch ist die Ausdehnung der Ortsausschüsse auf die kleineren Orte ungemein wichtig, da sie den Gewerkschaften weit auf das Land hinaus Stützpunkte verschaffen.

Über 25 000 Mitglieder

haben 17 Ortsausschüsse, und zwar sind es die folgenden Orte, die 1926 folgende Mitgliederzahlen aufwiesen: Berlin 296 706, Hamburg-Altona 163 765, Dresden 113 574, Leipzig 106 260, München 66 526, Frankfurt a. M. 60 536, Nürnberg 54 641, Stuttgart 53 611, Hannover 56 471, Köln 49 760, Breslau 47 813, Chemnitz 41 833, Magdeburg 39 788, Bremen 39 267, Bielefeld 31 731, Stettin 30 583 und Kassel 29 770.

Die Ortsausschüsse nehmen in dem organisatorischen Aufbau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine wichtige Stellung ein. Sie verfügen über Einrichtungen, die zum Teil hohe Kosten verursachen, aber auch für die Mitglieder einen großen Wert haben. In erster Linie stehen hier

die Rechtsberatungseinrichtungen

der Ortsausschüsse, die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunft-

stellen. Die ersteren werden von vollbesoldeten Angestellten geleitet und bestehen an Orten mit einem größeren Mitgliederkreis. Im Berichtsjahre unterhielten 118 Ortsausschüsse Arbeitersekretariate und 240 hatten nebenberuflich verwaltete Rechtsauskunftstellen eingerichtet. Zur Erledigung der Verwaltungsarbeiten unterhielten 45 Orte eigene Gewerkschaftsbureaus. In diesen Einrichtungen wurden insgesamt 253 Angestellte beschäftigt.

Dem Bildungswesen wird im weiten Maße Rechnung getragen. 775 Ortsausschüsse unterhielten für alle angeschlossenen Gewerkschaften gemeinsame Bibliotheken. In 438 Orten sind zur Pflege des Bildungswesens Ausschüsse eingesetzt und in 260 Orten

besondere Ausschüsse für die Jugend

geschaffen. Zur Ueberwachung der Bauarbeiterschutzbestimmungen sind in 445 Orten aus jugendlichen Personen zusammengesetzte Kommissionen gebildet und in 225 Orten bestehen Betriebsrätezentralen. 104 Ortsausschüsse besitzen eigene Gewerkschaftshäuser mit Büroräumen, Versammlungsräumen, Restaurants usw. 33 Gewerkschaftshäuser sind mit Herbergen verbunden. Zum Betrieb dieser Unternehmungen fungieren in der Regel besondere Gesellschaften. Ihre Kassenumfänge erscheinen nicht in den Kassensübersichten der Ortsausschüsse.

Die Ausgaben der Ortsausschüsse werden durch Beitragsleistung der angeschlossenen Gewerkschaften bestritten, die meist pro Mitglied berechnet werden. Seit 1924 hat sich die Beitragsleistung erfreulich aufwärts entwickelt. Angaben über die Kassenerhältnisse liegen von 1038 Ortsausschüssen mit zusammen 3 220 265 Mitgliedern vor. Die Gesamteinnahme betrug im Berichtsjahre 3 063 114 M., davon kamen 2 304 716 M. auf Beiträge. Im Durchschnitt kam auf jedes Mitglied eine Beitragseinnahme von 72 Pf., gegen 62 Pf. im Vorjahre und 43 Pf. im Jahre 1924. Diese Steigerung der Anteile läßt die gute Entwicklung der Beitragsleistung erkennen. Die Gesamtausgabe belief sich auf 2 731 418 M. Von ihnen entfallen auf Agitation 171 900 M., auf Gewerkschaftshäuser, Herbergen und Versammlungsräume 77 457 M. (Zuschüsse) und auf Sekretariate und Rechtsauskunftstellen 709 563 M. Für Bildungszwecke wurden 454 434 M. verausgabt. Die Verwaltungskosten betragen 655 818 M. und die sonstigen Ausgaben 403 286 M. An die Bezirksausschüsse wurden 155 076 M. geleistet. Als gemeinnützige Einrichtungen erhalten ein Teil Arbeitersekretariate auch Zuschüsse aus Kassen von Gemeinden, Kreisen, Ländern und anderen Körperschaften. Diese Zuschüsse beliefen sich im Berichtsjahre auf 120 684 M.

Landarbeiter und Arbeitslosenversicherung.

Die Landarbeiter, die Stiefkinder der Sozialpolitik, haben beim Kampf um die Gestaltung der Arbeitslosenversicherung verhältnismäßig günstig abgeschnitten. Das verdanken sie in erster Linie dem unermüdlichen Drängen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Einbeziehung der Landwirtschaft in die Arbeitslosenversicherung. Jeder Landarbeiter muß sich die für ihn besonders in Betracht kommenden Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes genau ansehen, damit die Unklarheit, die auf dem Lande noch vielfach über das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz besteht, beseitigt wird.

Was ist praktisch erreicht worden? Zunächst sind nach § 70 solche Arbeiter von der Versicherung ausgeschlossen, die neben ihrer Beschäftigung bei einem Arbeitgeber noch Besitzer oder Pächter landwirtschaftlichen Grundbesitzes von solcher Größe sind, daß sie von den Erträgen mit ihren Angehörigen leben können und als Arbeiter nur weniger als die Hälfte des Jahres tätig sind. Im § 71 ist bestimmt: „Versicherungsfrei ist eine Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft, wenn der Arbeitnehmer 1. auf Grund eines schriftlichen Arbeitsvertrages von mindestens einjähriger Dauer beschäftigt wird oder 2. auf Grund eines schriftlichen Arbeitsvertrages auf unbestimmte Zeit beschäftigt wird und ihm ohne wichtigen Grund nur mit mindestens sechsmonatiger Frist gekündigt werden darf.“

Anstelle des Arbeitsvertrages können gleichlautende Bestimmungen des Tarifvertrages treten. Somit ist also zu beachten: Ist ein Jahresarbeitsvertrag abgeschlossen, dann muß sechs Monate vor Ablauf vereinbart werden, ob der Vertrag weiterläuft oder nicht. Bei Verträgen auf unbestimmte Zeit gilt ohne weiteres sechsmonatige Kündigung. In jedem Falle, wenn das Arbeitsverhältnis in einer Frist von 6 Monaten aufgekündigt wird, sei es durch den Unternehmer oder Arbeiter, sind beide Teile verpflichtet, in der Kündigungsfrist Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu leisten. Die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen mit kürzeren Kündigungsfristen oder die, für die überhaupt keine Kündigungsfrist gilt, sind ohne weiteres in die Arbeitslosenversicherung einbezogen, ohne irgendwelche besondere Voraussetzungen.

Arbeiter, die in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen sind, sogenannten sändliche Gesinde, sind nach § 72 von der Arbeitslosenversicherung vollkommen ausgeschlossen. Im § 96 ist festgelegt, daß ein Arbeitnehmer bei plötzlicher Entlassung Arbeitslosenunterstützung beziehen kann, wenn das Arbeitsverhältnis ohne Zustimmung des Arbeitnehmers und ohne sein Verschulden vorzeitig gelöst wird. Im § 144 ist in dem Abschnitt, der von der Ausbeutung der Mittel handelt, bestimmt, daß bei plötzlicher Entlassung der Unternehmer allein den doppelten Betrag zahlen muß, was als Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitragsanteil für 6 Monate zu zahlen wäre.

Sieht man sich die für die Landwirtschaft in Frage kommenden Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes in ihrer Gesamtheit an, dann kann von einem erheblichen Erfolg der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gesprochen werden. Es gilt nunmehr folgender Grundsatz: Entweder der Landarbeiter steht in einem ungekündigten Arbeits-

verhältnis, dann braucht er keine Beiträge zu zahlen, oder er muß mit Arbeitslosigkeit rechnen, dann legt 6 Monate vorher die Beitragszahlung ein und bekommt mit dem Eintritt der Arbeitslosigkeit Erwerbslosenunterstützung. Der Landarbeiter zahlt also erst dann Beiträge, wenn ihm gekündigt wird, sonst grundsätzlich nicht, während der Fabrikarbeiter fortlaufend Beiträge zahlt. Wie man diese Regelung auch beurteilen mag — sie hat auch ihre Mängel — für den Landarbeiter ist sie ohne Zweifel eine verhältnismäßig vorteilhafte Regelung. Ausgeschlossen von der Versicherung bleibt künftig lediglich noch das Gesinde. Bedenklich sind auch die §§ 96 und 144; sie bestrafen die Arbeitgeber des Landarbeiters in einer Weise, daß mancher Arbeitgeber zukünftig von Wahregelungen lieber absehen wird.

Vereinbarung für die westdeutsche Kanalschiffahrt.

Bochum, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

In dem Tarifsteit in der westdeutschen Kanalschiffahrt ist es zwischen den Unternehmern und dem Deutschen Verkehrsband sowie dem Zentralverband der Maschinen- und Heizer zu einer Vereinbarung gekommen. Die Arbeitszeit beim Laden und Böchen regelt sich künftig auf der Basis der achtstündigen Arbeitszeit; darüber hinausgehende Arbeitsleistungen werden mit 25 Proz. Zuschlag zum Arbeitslohn bezahlt. Seither hatte das Personal drei freie Tage im Monat. Die neue Vereinbarung sieht eine neue Regelung vor, die zwei freie Sonntage im Monat festlegt, die nicht gefahren werden dürfen. Wenn an den übrigen Sonntagen im Monat gefahren wird, ist dafür ein freier Tag in der Woche mit einer besonderen Vergütung zu gewähren, andernfalls muß für diese Sonntage Bezahlung erfolgen. Für die Gehaltsempfänger wurden Vergütungen für Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit nicht gezahlt, auch wurde kein Wagheld vergütet. Die neue Regelung sieht Bezahlung für diese betreffenden Dienste vor. Das Personal hatte angedroht, noch in dieser Woche in den Streik zu treten, falls es nicht zu einer Vereinbarung kommen würde. Alle Vorbereitungen für die Streikaktion, durch die die gesamte westdeutsche Kanalschiffahrt stillgelegt worden wäre, waren bereits getroffen.

Zum Konflikt in der papierverarbeitenden Industrie.

Der Schiedsspruch nicht verbindlich erklärt.

Der Schiedsspruch über den Mantelvertrag mit dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industrie ist nicht für verbindlich erklärt worden. Die Unternehmer hatten den Schiedsspruch abgelehnt, die Arbeiter angenommen und Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Der Konflikt der polnischen Eisenbahner beigelegt.

Warschau, 26. Juli. (OE.)

Der Konflikt zwischen dem Eisenbahnerverband und dem Verkehrsminister Komocel, der den Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht bei der geplanten „Kommerzialisierung“ der Eisenbahnverwaltung verweigerte, ist durch persönliches Eingreifen Wisludzki beigelegt worden. Den Eisenbahnern wurde eine Lohnerhöhung mit Wirkung vom 1. September zugesagt.

Wirtschaft

Die Staatsbetriebe sind rentabel.

Ein reaktionärer Minister läßt sich berichtigen!

Leider gibt es auch amtierende Minister, die die Hege des Privatkapitals gegen die Staatsbetriebe mitmachen. Der sächsische Finanzminister Weber hat am 15. Juli auf der niedersächsischen Handwerkertagung in Delmenhorst wahrheitswidrig geäußert, daß kein einziger „seiner“ Staatsbetriebe noch rentabel sei.

Hören wir, was die sächsische Staatsregierung zu der Neußerung dieses ihres Ministers erwidert. Die Nachrichtenzentrale der Staatskanzlei verbreitet in der sächsischen Presse folgendes: „Die Worte des Finanzministers Weber können unmöglich richtig wiedergegeben sein, denn von den zum Finanzministerium gehörenden Staatsbetrieben haben im letzten Geschäftsjahr nur die Kalt- und Hartsteinwerke und die Gewerkschaft Gottes Segen (Staatsbeteiligung rund 80 Proz.) mit Verlust abgeschlossen, der 125 000 M. bzw. 763 000 M. beträgt. Dagegen ist es den sonstigen alten Unternehmungen des Staates — der Porzellanmanufaktur, den Hüttenwerken bei Freiberg und dem Blausäurewerk Oberschlema — gelungen, ohne Verlust abzuschließen. Die Münze in Rulenhütten hat sogar, wie schon in den Vorjahren, einen Gewinn (93 000 M.) aufweisen können. Durchaus erfreulich haben sich 1926 die Betriebsergebnisse der neueren Unternehmungen des Staates entwickelt. Die Aktiengesellschaft Sächsische Werke (Staatsbeteiligung 100 Proz.) erzielte im letzten Geschäftsjahr einen bilanzmäßigen Reingewinn von 2 800 000 M., die Kraftverkehr Freistaat Sachsen A.-G. (Staatsbeteiligung 54 Proz.) aus dem Lastkraftwagenverkehr einen bilanzmäßigen Reingewinn von 169 000 M., die staatliche Kraftwagenverwaltung aus dem Verkehr mit Personennahbussen einen solchen von 583 000 M. Das laufende Geschäftsjahr wird bei diesen drei Unternehmungen voraussichtlich noch günstiger Ergebnisse bringen. Das gleiche gilt von der Sächsischen Staatsbank, deren bilanzmäßiger Reingewinn in 1926 zirka 1 260 000 M. betragen hat.“

Diese notwendig gewordene Berichtigung der sächsischen Staatskanzlei spricht für sich. In diesem Zusammenhang ist der Umfang interessant, den die Staatsbetriebe in Deutschland haben. Die „Wirtschaftskurve“ der „Frankfurter Zeitung“ bringt in Heft 1/1927 eine Arbeit von Otto Böttcher, nach der die Staatsbetriebe an der deutschen Rohstoffherzeugung des Jahres 1925 folgendermaßen beteiligt sind:

an der	Quote im Jahre 1925:
Steinlohlenproduktion . . .	mit 10-11 Prozent
Braunlohlenproduktion . . .	4
Rohkohlproduktion . . .	5,6
Rohkalkproduktion . . .	0,65
Eisenproduktion . . .	35
Aluminiumproduktion . . .	74

Da die Aluminiumproduktion innerhalb der Gesamtwirtschaft nur geringe Bedeutung hat, kann man von einer ernstlichen Konkurrenz der öffentlichen Hand gegen die Privatwirtschaft kaum sprechen. Bei der weiterverarbeitenden Industrie sind die Anteilshälften der Staatsbetriebe oder der Firmen, an denen der Fiskus mit einem geringen Prozentfuß beteiligt ist, noch geringer (mit Ausnahme der Elektrizitätserzeugungsbetriebe).

Der Anteil der Staatsbetriebe an der Gesamtindustrie ist demnach sehr klein. Man muß bedauern, daß er nicht beträchtlich größer ist. Kartell- und Monopolschäden wären notwendig viel geringer, wenn der Staat größeren Einfluß in der Privatwirtschaft hätte. Denn je länger, desto mehr muß erkannt werden, daß gegen Preisstöße und Kartelherrschaft der Industrie nur Außenwirtschaft der öffentlichen Hand dienen kann.

Normung im Bau elektrischer Lokomotiven. Im Anschluß an die vor kurzem erfolgte Bestellung von 88 elektrischen Lokomotiven und 15 Triebwagen hat die Hauptversammlung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft eine Beratung über Konstruktionsfragen einberufen, an der auch Vertreter aus Oesterreich, der Schweiz, Schweden und Norwegen teilnahmen. Im Laufe der Verhandlungen wurden wichtige Beschlüsse bezüglich der Vereinheitlichung der elektrischen Lokomotiven und ihrer Ausrüstungsteile gefaßt. Es wird dafür Sorge getragen werden, daß für den Bau der in Auftrag gegebenen Lokomotiven alle bisher im elektrischen Zugbetrieb gesammelten Erfahrungen verwertet werden.

Sport.

Der Länderwettbewerb im Metropol-Varieté.

Billig-Berlin und Neßtröm — beide ohne Niederlage — legten gestern ihr erstes Treffen fort, das wegen Eintritt der Schutzstunde abgebrochen wurde und sich zu einem interessanten Ringen gestaltete. Zug um Zug wurde mit größter Erbitterung pariert, mit einem Tempo, wie man es selten bei so schweren Sägern sieht. Der temperamentvolle Neßtröm mußte — nachdem er bereits in vorangegangenen Kämpfen Verwundungen und Geldstrafen erhalten hatte — vom Kampfleiter auf seine baldige Disqualifikation aufmerksam gemacht werden, worüber das Schiedsgericht heute entscheiden wird. Diesem Draufgängerum konnte die Kraft des Berliners nicht lange widerstehen, er mußte sich nach 19 Minuten durch Ueberstürzer als besiegte bekennen. Die Niederlage des Russen Turoff konnte nur als eine Frage der Zeit betrachtet werden. Dem großen Gewicht sowie der Kraft des Finnen Lornow war er nicht gewachsen; nach 30 Minuten konnte dieser den Russen auf beide Schultern drücken. Brückner-Breslau zeigte im Kampf gegen den schweren Dortmunder Meyerhanz wieder seine bereits zur Genüge hervor gehobene Kampfmethode, die jedoch für einen Sieg nicht ausreichte, den der Dortmunder nach 30 Minuten durch Untergriff an sich brachte.

Verantwortlich für Politik: Wladislaw Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: D. Schindler; Freiwirtschaft: Dr. John Schütz, Sozialer und Sozialist: F. H. Karst; Anzeigen: H. Gled; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

Wilhelm Schulze
Mondjourplatz 12, Hof part.
Nahe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf

Billig und gut! Thacstr. 40 Billig und gut
geöffnet von 8-3 Uhr, Freitags und Sonnabends 8-7 Uhr

Schönhauser Allee 33 geöffnet von 8-1, 4-4 Uhr

GUSTAV RADBRUCH
KARTONIERT 1,40 MARK

**KULTURLEHRE
DES
SOZIALISMUS**

IDEOLOGISCHE
BETRACHTUNGEN

ZU BEZIEHEN DURCH
SÄMTL. BÜCHERHANDLUNGEN
UND SPEDITIONEN DES
„VORWÄRTS“, SOWIE
VOM VERLAG J. H. W.
DIETZ NACHF., BERLIN
SW 68, LINDENSTR. 2

Gerhard Köhnen
Das Haus
für Volkskleidung
und Berufskleidung

NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77

Konkurrenzlos!!!

Metallbetten . . . 10,50 an
mit Polsterauflagen . . . 20,-
Sofa . . . 24,-
schlief-Chaiselongues
Chaiselongues-Becken
Wanduhren . . . 3,-
Patentmatten . . . 9,-

Freisendung! Ratenzahlung!
Göhr, Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1.

Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Auch gegen 12 Monats Raten

VERLANGEN SIE SONDERANGEBOTE!

Reinigen Sie Ihre
Küchen
Reinigen Sie Ihre
Wäsche
Reinigen Sie Ihre
Bettwäsche
Reinigen Sie Ihre
Polstermöbel
Reinigen Sie Ihre
Küchengeräte
Reinigen Sie Ihre
Wanduhren
Reinigen Sie Ihre
Patentmatten